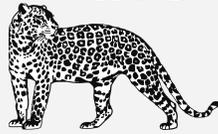


urgewald



China &
Infrastruktur



Newsletter

28.04.2023

Liebe Chinainteressierte,

Nach Fertigstellung dieses Newsletters trudelte noch die Nachricht ein, dass der chinesische Präsident Xi Jinping den ukrainischen Präsidenten Zelenskyj angerufen hat und ankündigte, den Sonderbeauftragten für „Eurasische Angelegenheiten“ in die Ukraine und „weitere Länder“ zu schicken. Wie im letzten NL angedeutet: das Hasenjahr steht für Frieden, wir drücken die Daumen.

In unserem März/April Newsletter decken wir äußerst diverse wichtige Themen ab: die beiden wichtigsten innerchinesischen Polittagungen werden kommentiert, aber auch der Ölboom in der Arktis und der Kohleboom in China. Andere Weltereignisse kommen auch an China nicht vorbei: Die Weltbank sucht einen neuen Präsidenten, Hauptthema auf der Frühjahrstagung im April. Der Designierte ist auch nach China gereist. Und schließlich berichten wir aus der urgewald AIIB und Chinaarbeit: wir konnten dem chinesischen Bankpräsidenten unsere Kritik an der Energiestrategie übermitteln und eine Neuauflage unserer AIIB-Watch mit 24 Fallstudien an den Start bringen.

Wir wünschen anregende Lektüre, und möchten uns noch einmal für Ihre/eure Treue bedanken: **vor exakt vor drei Jahren** erschien der [erste China-Newsletter urgewald!](#) Gerne weiter empfehlen-danke!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nora Sander'.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Judith Härtner'.

Eure/Ihre Nora und Judith (mit Praktikantin Johanna Härtner)

Themen im Newsletter:

[Fossile Energien und Extraktivismus](#)
[Außenpolitik](#)
[Innen- und Finanzpolitik](#)

Fossile Energien und Extraktivismus

Streit um die Arktis

Nachdem der arktische Multilateralismus bereits im Herbst 2022 auf Eis gelegt wurde (wir [berichtet](#)en), gehen die Ölbohrungen am Nordpol weiter. Die Biden-Regierung genehmigte kürzlich das weltweit für Empörung sorgende „Willow-Projekt“ vor der Küste Alaskas: 600 Millionen Barrel Rohöl sollen hier über die nächsten 30 Jahre hinweg gefördert werden. Eine [Katastrophe](#) für das Klima. Auch [Russland fördert weiterhin Öl in der Arktis](#), Empfängerländer sind China und Indien. So werden Sanktionen umgangen. China selbst hat nur einen Beobachterstatus im Arktischen Rat, aber die Ambitionen in der Arktis sind [groß](#). China möchte „polare Großmacht“ mit einer [polaren Seidenstraße](#) werden. Allerdings war diese Initiative bisher [wenig erfolgreich](#) und besonders seit dem Ukraine-Krieg fürchten chinesische Firmen von den [Sanktionen](#) getroffen zu werden. Die Hindernisse machen deutlich, dass Beijing weit davon entfernt ist, die Geschehnisse in der Arktis im Alleingang verändern zu können. Mehr Hintergrundinformationen zu dem „Willow-Projekt“, gibt es auf der [GOGEL](#) Seite.

ZAHL DES MONATS

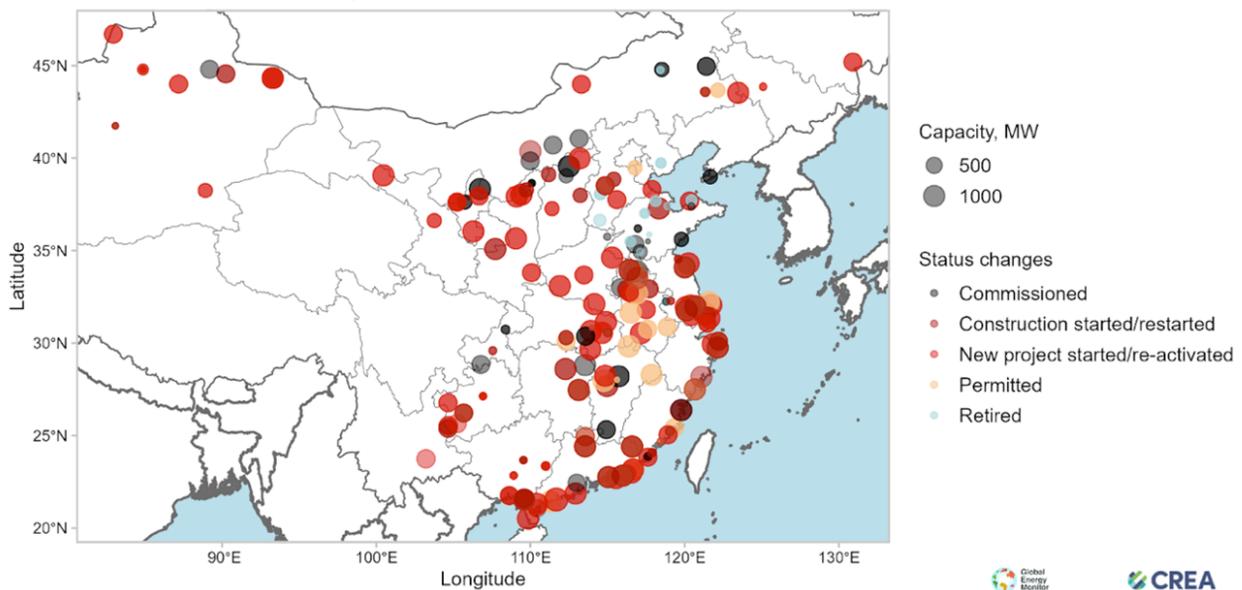
600 Millionen

Barrel Rohöl sollen vor der Küste Alaskas über die nächsten 30 Jahre hinweg gefördert werden.

Zwei neue Kohlekraftwerke pro Woche

Ein neuer Bericht vom März 2023 belegt: Letztes Jahr stieg der globale CO₂-Ausstoß auf ein schockierendes [Rekordhoch](#). Trotzdem setzt China weiterhin auf den Ausbau von Kohle. So liegen die Ankündigungen für [neue Kohlekraftwerke](#) auf dem Höchststand seit 2015. Die Kapazitätserweiterung dieser geplanten Kraftwerke soll [sechsmal größer](#) sein als alle Kraftwerksprojekte im Rest der Welt zusammen. Dabei hat China eine Schlüsselrolle in der Energiewende: Das Land ist wichtiger Lieferant für Batterien für E-Autos, Photovoltaikanlagen und mineralintensive Technologien. Zwar baut China auch massiv erneuerbare Energien wie Wind und Solar aus, aber auch [Hydro- und Kohleenergie](#) spielen weiter eine große Rolle. Eine [neue Regelung](#) aus Chinas Fünfjahresplan für 2021-25 besagt, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Mix aus Wasser-, Wind-, Sonnen- und Kohlestrom mindestens 50 % betragen muss. Dies lässt einen Ausbau der Kohlekraft zu. Auch neue Ölreserven will China erschließen. In der Taklamakan, der größten Wüste Chinas, wurde in einer [Tiefe von 9.396 Metern](#) nach Öl gebohrt und damit ein erschreckender Negativrekord für die tiefste Bohrung in Asien aufgestellt.

New coal power projects and retirements in China 2022



CREA

Tibet im Fokus von Chinas Extraktivismus-Ideologie

Tibet wird Chinas [wichtigste Quelle](#) für Kupfer und Lithium, Mineralien, die unerlässlich für die Energiewende sind. Der Grund: Durch internationale Sanktionen ist der Handel mit überseeischen Staaten für China teurer und risikoreicher geworden. Chinesischen Bergbauunternehmen wie Yunnan Copper (Teil von Chinalco) werden in ihren Ambitionen in der chinesisch verwalteten Region von staatlichen Banken unterstützt. Bisher ist die Zahl großer Bergwerke in Tibet noch gering. Doch das wird sich schnell ändern. Prognosen der [London School of Economics and Political Science \(LSE\)](#) zeigen, dass die Welt bis 2040 700 % der derzeitigen Förderung kritischer Mineralien benötigen wird, wobei Kupfer die größte Rolle spielen wird. Nun will China in mehreren Provinzen Tibets unterirdisch Kupfer und andere Mineralien abbauen. Das bedeutet, dass riesige Höhlen gegraben werden, um dann das bröckelige Gestein zu sprengen, damit es an die Oberfläche befördert werden kann. Dieses Verfahren ist besonders riskant, da die betroffenen Gebiete erdbebengefährdet sind. Das gewonnene Kupfer wird in einem energieintensiven Verfahren eingeschmolzen. Dazu nutzte China bisher die Energie aus Staudämmen, wie beim Dechen Pulang Kupfervorkommen in Shangri-la in der Yunnan Provinz. Doch wie so oft wird der große Gewinn nicht den Tibeter*innen zugutekommen. Die größten Gewinne werden durch Spekulation, beispielsweise durch das Wetten auf künftige Preisentwicklungen, erzielt. So wird Tibet Spielball globaler Rohstoffspekulation. Es besteht die Gefahr, dass Proteste der lokalen Bevölkerung unterdrückt werden.



McKay Savage

Menschenrechte

Westliche Firmen verstoßen ebenso wie chinesische Firmen gegen Menschenrechte. Apple, Google, Dell, Microsoft und Tesla sollen Kobalt aus einer Mine in der Demokratischen Republik Kongo bezogen haben, in der Kinder bei der Arbeit [lebendig begraben](#) wurden. Das Minen-Areal in Kasulo gehört dem chinesischen Kobalt-Giganten Huayou Cobalt. In Indonesien, wo Schutzvorschriften gelockert wurden, um mehr Schwerindustrie anzuziehen, kommt es derzeit im Morowali Industriepark, dem Zentrum der weltweiten Nickelproduktion, zu [heftigen Menschenrechtsverletzungen](#). In Laos bedroht das Pak Lay-Staudammprojekt, dessen Hauptanteilseigner Power China ist, 1.000 Familien durch [Umsiedlung](#). Kompensationen sind bisher ungeklärt. Ein Lichtblick: Die chinesische Handelskammer für Metalle, Mineralien und Chemikalien verabschiedete 2022 eine [vorläufige Rechenschaftspflicht](#) für den Bergbausektor, der Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene schaffen soll. Aber: Während des [EU-China Menschenrechts-Dialogs](#) im Februar betonte der Sprecher des Außenministeriums Wang Wenbin, dass die Universalität der Menschenrechte relativ sei und in China die [wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte](#) über den sozialen, politischen und Umweltrechten stehen würden.

Außenpolitik

China von Autokraten hofiert

Mitte März traf sich Xi Jinping mit Putin in Moskau um zu zeigen, dass die

russisch-chinesische Allianz gefestigt ist, trotz des internationalen Haftbefehls gegen den russischen Staatschef. Laut Recherchen des [Wall Street Journal](#) sollen chinesische Firmen bereits Navigationsausrüstung und Kampfflugzeuge an russische Rüstungsunternehmen geliefert haben. Während des Treffens wurden zwei strategische Abkommen mit Gültigkeit [bis 2030](#) unterzeichnet. Der Bau der „[Power of Siberia 2](#)“-Gas-Pipeline wurde jedoch nicht besiegelt, auch wenn Russland neue Gaskäufer wie China dringend braucht. Weitere Autokraten, die enger mit China arbeiten möchten, sind: der belarussische Präsident Lukaschenko (er stellt sich hinter China und bekräftigt das [Ein-China-Prinzip](#)) und Irans Präsident Ebrahim Rasini (er hofft den [Druck](#) im eigenen Land auszugleichen). Rasini reiste im März mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Beijing, und das [chinesische Außenministerium](#) erhofft engere Kooperation mit dem Iran im Rahmen der Seidenstraßeninitiative.



[The Presidential Press and Information Office](#)

Belt and Road

Chinas Versprechen, keine weiteren Kohleprojekte im Ausland zu finanzieren, wurde im März 2023 durch einen Trick umgangen: in Simbabwe wurde eine Erweiterung eines [Kohlekraftwerk](#) mit einer neuen Gesamtkapazität von 600 MW eröffnet. Es handelt sich dabei um die zweite Anlage der Hwange Thermal Power Station Unit 7 und 8, die von der chinesischen Firma Sinohydro gebaut und zu 85% durch chinesische Gelder finanziert wurde. Es bleibt unklar, ob nach dem Coal-Exit Pledge des chinesischen Präsidenten im September 2021 Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden, klar ist, dass es [bis 2022 Finanzierungsprobleme](#) gab. Dies deutet darauf hin, dass es zu Finanzabschlüssen auch nach dem Kohleausstiegsversprechen gekommen ist. urgewald bleibt hier am Ball.

Die Kehrseite chinesischer Investitionen in Lateinamerika

Jüngste Erkenntnisse der [Chinese Loans to Latin America and the Caribbean \(CLLAC\)](#)

-Datenbank zeigen: Die chinesischen Banken CDB und CHEXIM haben drei neue Übersee-Finanzierungszusagen über 813 Mio. USD mit Regierungen oder Staatsunternehmen in Brasilien, Barbados und Guyana vereinbart. Viele Länder Lateinamerikas und der Karibik bevorzugen [chinesische Investitionen](#), da sie weniger Umweltauflagen als Weltbankkredite mit sich bringen. Doch die chinesischen Investitionen haben eine Kehrseite. So zeigt ein neuer [Bericht](#) eines lateinamerikanischen Kollektivs aus Umwelt- und Menschenrechtsgruppen (CICDHA), dass von China finanzierte Projekte sogar vorhandene Vorschriften zum Schutz der Umwelt und der lokalen und indigenen Bevölkerung missachten. Auch multilaterale Banken mit chinesischer Mehrheitsbeteiligung wie der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) wird von [indigenen Gruppen](#) vorgeworfen, sich nicht an internationale Standards zu halten. Oft werden schädliche Projekte trotz Beschwerden der lokalen Bevölkerung weiter finanziert und selten wird ausreichend Abhilfe für aufgetretenen Schäden geleistet.

Abkehr von China? Die Fronten zwischen China und der EU verhärten sich

Die Bundesregierung bemüht sich, unabhängiger von China zu werden. Zudem werden aus Sicherheitsgründen alle von der chinesischen Firma [Huawei](#) hergestellten Teile im deutschen Antennennetz geprüft. So soll eine eventuelle Einflussnahme von chinesischer Seite auf deutsche kritische Infrastruktur verhindert werden. Die deutsche Wirtschaft fordert indes neue [Investitionsgarantien](#) für Investitionen in andere Länder. Die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen kritisierte in ihrer [Rede](#) über die Zukunft der EU-China-Beziehung vor allem Chinas Haltung gegenüber Russland und bestätigte, dass das Handelsabkommens (Comprehensive Agreement on Investment (CAI)) zwischen der EU und China weiterhin eingefroren bleibt. Von der Leyen rief die EU-Länder dazu auf, „gezielte Instrumente für Auslandsinvestitionen zu entwickeln“, besonders im Bereich sensibler Technologien, „bei denen Investitionen zur Entwicklung militärischer Fähigkeiten führen können“ und damit ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellen.

Banga unerwartet in China

Ajay Banga, der bisher einzige Kandidat für den Posten als neuer Weltbankpräsident, reiste Ende März nach China, um für Unterstützung zu werben. Angesichts der angespannten Beziehungen zwischen den USA und China ist die Reise ungewöhnlich. Die Ernennung des Weltbankchefs ist Teil des [Gentleman-Agreements](#) zwischen den USA und der EU, die im Gegenzug die Spitze des Internationalen Währungsfonds besetzt. Auch deshalb machte China vor Bangas Ankunft deutlich, offen [für andere](#) Kandidat*innen zu sein und sprach sich für einen transparenten Auswahlprozess aus. Ob dies aus strategischem Interesse, die eigene Machtposition innerhalb der Weltbankgruppe auszubauen, oder aus anderen Gründen geschah, bleibt offen.

Innen- und Finanzpolitik

„Die zwei Sitzungen“

Am 4. März 2023 begann die Tagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV), am 13. März die des Nationalen Volkskongresses (NVK), das oberste Legislativorgan Chinas. Bei den sogenannten zwei Sitzungen (Liǎnghuì 两会), werden wichtige Gesetze und Reformen verabschiedet. Zentral war dieses Jahr die

Bestätigung Xi Jinpings als Staatschef für weitere 5 Jahre. Li Qiang löste Li Keqiang als Premierminister ab. Im Finanzsektor wurde die National Financial Regulatory Administration (NFRA) geschaffen, die fast alle Aufgaben der vorherigen China Banking and Insurance Regulatory Commission (CBIRC) übernimmt und **zusätzliche Befugnisse** erhält, um die Regulation im Finanzsektor einheitlicher zu gestalten. Außerdem wurde ein Nationales Datenbüro für die digitale Wirtschaft errichtet.



Schulden

China zählt heute zu den größten Einzelgläubigern der Welt. Anfang März fand die fünfte Konferenz zu den *Least Developed Countries* (LDCs), den am wenigsten „entwickelten“ Ländern, in Katar statt. Aktuell kämpfen rund 25 dieser LDCs mit hoher Verschuldung. China war es bisher immer wichtig, die **multilateralen Entwicklungsbanken in den Entschuldungsprozess mit einzubeziehen**, hat jedoch am 13.4., auch zum Erstaunen des deutschen Finanzministers, diese **Forderung fallen gelassen**. **urgewald vermutet** Abkommen zwischen Weltbank und chinesischen Banken, die eventuell zu einem Umdenken geführt haben. Laut einer **neuen** Studie sind mittlerweile 60 % aller chinesischen Auslandskredite von einem Zahlungsausfall bedroht (Stand 2022). Sambia meldete 2020 Staatsbankrott an. Um dies zu vermeiden, diskutiert China über eine Restrukturierung der Kredite für Sambia, für das China der wichtigste bilaterale Kreditgeber ist, wie auch für Äthiopien und Ghana. Laut einer **Meldung der Boston University** könnten insgesamt 4 Mrd. USD zusätzliche Schuldenerlasse für kommerzielle Kredite über die chinesische Agentur für Exportkreditversicherung Sinosure übernommen werden.

- AIB-Watch-Update: Am 17. April veröffentlichte urgeward zusammen mit 17 NGO-Partnern ein umfangreiches Update der AIB-Watch. AIB-Watch erschien erstmals 2021 und dokumentiert Umwelt- und Menschenrechtskonflikte im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten, die von der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIB), bei der Deutschland viertgrößter Anteilseigner ist, finanziert werden. In dem Update wurden Projekte der AIB auf Menschenrechtsverletzungen, Zwangsumsiedlung und Umweltzerstörung untersucht. Eine interaktive Karte listet 24 Fälle auf in denen die AIB wesentliche Schutzstandards nicht einhält. Die ganze Pressemitteilung von urgeward zu dem AIB-Watch-Update ist [hier](#) nachzulesen.
- Anfang März fand das wichtigste politische Ereignis in China statt: Die „Zwei Sitzungen“ (Liǎnghuì 两会). In einem ausführlichen Kommentar ordnet Nora Sausmikat den diesjährigen Nationalen Volkskongress ein und erklärt wie sich die neue Finanzregulation und der Wechsel des politischen Spitzenpersonals auf die Klimapolitik auswirken könnte. Der ganze Kommentar ist [hier](#) bei China.Table nachzulesen.
- Treffen urgeward mit dem Präsidenten der AIB. Auf der Frühjahrstagung der Weltbank vom 10.-16. April 2023 in Washington D.C. konnte urgeward den Präsidenten der AIB treffen und [die ausformulierte Kritik an der überarbeiteten Energiestrategie](#) besprechen.
- Understanding China's Commercial Banks: Webinar von urgeward und IDI am 12. Mai 2023 um 10 Uhr. Dieses Webinar konzentriert sich auf den chinesischen Geschäftsbankensektor, die Arbeitsweise der großen chinesischen Geschäftsbanken und deren Regulierung. Außerdem wird auf die sich fortentwickelnden Nachhaltigkeitsanforderungen für den Geschäftsbankensektor eingegangen. Es wird ein Einblick in die Abbildung von Finanzströmen für Auslandsprojekte geben und in die Erfahrungen aus einer Kampagne im Zusammenhang mit einer chinesischen Geschäftsbank. Link zur Registrierung [hier](#).



Spenden

Wir haben in Fonds von Deka Investment Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne wie Rheinmetall, Northrop Grumman, Uniper oder RWE gefunden. Fordern Sie gemeinsam mit uns: Deka Investment, keine Investitionen in Rüstung und Kohle!

[Jetzt spenden](#)

Tipps am Rande

[Mini Doku von Finanzwende Recherche.](#)

Das Geschäft mit der Armut: Wie Investoren an Mikrokrediten verdienen.

Podcast: Deutschlandfunk Kultur

Manöver mit China und Russland Südafrikas merkwürdige Allianz.

Video: South China Morning Post

The 'two sessions' – China's most important political meetings of the year

Podcast: Neue Zürcher Zeitung: Der radikale Protest der Jugend

China-Redakteurin Katrin Büchenbacher erzählt von jungen Chines*innen, die sich gegen die Leistungsgesellschaft im stillen Protest auflehnen.

Podcast: Deutschlandfunk: Ein diplomatischer Coup

Chinas Griff nach dem Nahen Osten. Auf Initiative Chinas hin wollen Iran und Saudi-Arabien wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen. Die Volksrepublik macht damit auch globale Führungsansprüche geltend. Was bedeutet das für die Region, für das Verhältnis USA-China und Deutschland?

Podcast: ARD

Menschenrechte sind universell: Warum will China eine Sonderrolle? Mehr unter: [WhatChinaSays.de](https://www.what-china-says.de)

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.